ZBB 2007, 304

GG Art. 25; ILC-Artikel zur Staatenverantwortlichkeit Art. 25

Keine allgemeine Regel des Völkerrechts, die einen Staat gegenüber Privatpersonen berechtigt, die Erfüllung fälliger privatrechtlicher Zahlungsansprüche (hier: aus Anleihen) unter Berufung auf den wegen Zahlungsunfähigkeit erklärten Staatsnotstand zeitweise zu verweigern

BVerfG, Beschl. v. 08.05.2007 – 2 BvM 1–5/03 (AG Frankfurt/M.), WM 2007, 1315

Leitsatz:

Es ist keine allgemeine Regel des Völkerrechts feststellbar, die einen Staat gegenüber Privatpersonen berechtigt, die Erfüllung fälliger privatrechtlicher Zahlungsansprüche unter Berufung auf den wegen Zahlungsunfähigkeit erklärten Staatsnotstand zeitweise zu verweigern.

(c) 2026 RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH & Co. KG